

Zweitveröffentlichung



Hoffmann-Lange, Ursula

Bildungsexpansion und politische Kultur in der Bundesrepublik

Datum der Zweitveröffentlichung: 02.05.2023

Akzeptiertes Manuskript (Postprint), Beitrag in Sammelwerk

Persistenter Identifikator: urn:nbn:de:bvb:473-irb-592942

Erstveröffentlichung

Hoffmann-Lange, Ursula: Bildungsexpansion und politische Kultur in der Bundesrepublik. In: Sozialisation zur Mitbürgerlichkeit. Kuhn, Hans-Peter (Hg). Opladen : Leske + Budrich, 2000. S. 219-141. DOI: 10.1007/978-3-663-11425-3_12.

Rechtehinweis

Dieses Werk ist durch das Urheberrecht und/oder die Angabe einer Lizenz geschützt. Es steht Ihnen frei, dieses Werk auf jede Art und Weise zu nutzen, die durch die für Sie geltende Gesetzgebung zum Urheberrecht und/oder durch die Lizenz erlaubt ist. Für andere Verwendungszwecke müssen Sie die Erlaubnis des/der Rechteinhaber(s) einholen.

Für dieses Dokument gilt das deutsche Urheberrecht.

Bildungsexpansion und politische Kultur in der Bundesrepublik

Ursula Hoffmann-Lange

1. Einleitung

In der politischen Meinungsforschung hat sich das formale Bildungsniveau als einer der wichtigsten Prädiktoren für ein breites Spektrum politischer Orientierungen und politischer Verhaltensbereitschaften erwiesen. Beispiele hierfür sind politisches Interesse, politische Partizipationsbereitschaften, demokratische Wertorientierungen und politische Toleranz. Hieraus wird teilweise auch heute noch die Erwartung abgeleitet, die Bildungsexpansion werde beträchtliche Auswirkungen auf die politische Kultur haben. In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Wertewandeltheorie von Inglehart (u.a. 1997) zu nennen, die weitreichende Veränderungen in der politischen Kultur durch einen intergenerationellen Wertewandel postuliert. Inglehart verweist in diesem Zusammenhang v.a. auf den gestiegenen Anspruch der Bürger auf Mitsprache in politischen Sachfragen. Auch wenn er den Wertewandel in erster Linie auf den gestiegenen materiellen Wohlstand zurückführt, so hat er doch von Anfang an betont, daß dieser auch in engem Zusammenhang mit der Bildungsexpansion steht, die zu einer Zunahme der *kognitiven politischen Mobilisierung* (vgl. auch Dalton, 1996: 21ff.) geführt habe.

Die Theorie des Wertewandels hat eine breite Resonanz weit über die sozialwissenschaftliche Profession hinaus gefunden, da sie eine plausible Erklärung für Entwicklungen in der politischen (Jugend-)Kultur der siebziger und achtziger Jahre zu bieten scheint, in denen eine breite politische Mobilisierungswelle die junge Generation erfaßte, die mit der Herausbildung und Popularisierung neuer politischer Partizipationsformen jenseits der etablierten intermediären Organisationen einherging. Gestützt auf diese Entwicklungen sprach Kaase mit Blick auf die Studentenbewegung und die *Neuen Sozialen Bewegungen* gar von einer *partizipatorischen Revolution* (vgl. Kaase, 1984).

Bereits in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre und noch mehr in den neunziger Jahren flachte die politische Mobilisierungswelle allerdings deutlich ab. Im Hinblick auf das politische Interesse konstatierte Kaase (1989) bereits vor einem Jahrzehnt, dieses sei in der Gesamtbevölkerung weit stärker gestiegen als in der jüngeren Generation, wenn man deren wesentlich höheres Bildungsniveau in Rechnung stelle. Allerdings gründete Kaase diese Schlußfolge-

rung lediglich auf die veröffentlichten aggregierten Zeitreihen, ohne dieser Entwicklung im Detail nachzugehen. Eine vergleichbare Entwicklung läßt sich auch für andere politische Einstellungen wie beispielsweise das politische Vertrauen konstatieren, das in der jüngeren Generation in den letzten beiden Jahrzehnten ebenfalls abgenommen hat. Die Jugendstudien der neunziger Jahre porträtieren dementsprechend durchweg eine Jugend, die sich bestenfalls mäßig für politische Fragen interessiert und ein hohes Maß an Distanz gegenüber den etablierten politischen Institutionen an den Tag legt (vgl. Fischer, 1997 und 2000; Kühnel, 1992; Pickel, 1996). Beides wurde vielfach unter dem Schlagwort von der zunehmenden *Politikverdrossenheit* der Jugend diskutiert.

Tatsächlich haben wir es hier auf den ersten Blick mit einer paradoxen Entwicklung zu tun. Denn während politische Orientierungen und Verhaltensbereitschaften auf individueller Ebene nach wie vor stark vom formalen Bildungsniveau abhängen, hat die Bildungsexpansion offensichtlich nicht verhindern können, daß die heutige jüngere Generation ein hohes Maß an politischer Indifferenz aufweist. Diese Entwicklung wirft die Frage auf, warum die kognitive politische Mobilisierung trotz fortschreitender Bildungsexpansion nicht weitergegangen ist. Hierfür kommen grundsätzlich zwei mögliche Ursachen in Betracht:

- a) Der Zusammenhang zwischen individuellem Bildungsniveau und politischen Orientierungen ist nicht invariant über die Zeit und hat seit Mitte der achtziger Jahre abgenommen;
- b) Intervenierende Faktoren, die unabhängig vom Bildungsniveau sind, beeinflussen die politischen Orientierungen und sind dafür verantwortlich, daß das gestiegene Bildungsniveau nicht die erwarteten Auswirkungen gehabt hat.

In einer neueren Studie haben Nie, Junn und Stehlik-Barry (1996) eine überaus plausible Theorie über den Einfluß formaler Bildung auf die politischen Orientierungen und Verhaltensbereitschaften entwickelt, die in diesem Zusammenhang von unmittelbarer Relevanz ist. Nie et al. betonen zunächst, daß man analytisch zwei Komponenten politischer Orientierungen unterscheiden muß, nämlich politisches Engagement einerseits und das Verständnis für demokratische Prinzipien (*political enlightenment*) andererseits. Die Bereitschaft zu politischem Engagement hängt nach Dafürhalten der Autoren in erster Linie von den perzipierten Chancen ab, politische Entscheidungen zu beeinflussen. Diese Möglichkeiten sind jedoch weitgehend konstant und lassen sich nicht beliebig vermehren, d.h. es handelt sich hierbei letztlich um ein Statusgut. Daraus ergibt sich, daß die Bildungsexpansion die Bedeutung formal höherer Bildungsabschlüsse für die politischen Einflußchancen und dementsprechend für das politische Engagement tendenziell entwertet, ähnlich wie dies für die beruflichen Karrierechancen der Fall ist (*relative education model*).

Im Gegensatz zum politischen Engagement ist das Demokratieverständnis rein kognitiver Natur, da höhere Bildung unabhängig vom allgemeinen

Bildungsniveau das Verständnis für demokratische Spielregeln und die politische Toleranz fördert. Dementsprechend unterliegt die Entwicklung dieser beiden Komponenten der politischen Kultur unterschiedlichen Logiken. Während für das politische Engagement das relative Modell der tendenziellen Entwertung höherer Bildungsabschlüsse mit steigendem Bildungsniveau gilt, folgt die Entwicklung des Verständnisses für demokratische Prinzipien dem absoluten Bildungsmodell (*absolute education model*), d.h. mit einer Zunahme des formalen Bildungsniveaus erwarten die Autoren, daß auch die Unterstützung für demokratische Werte und Normen in der Bevölkerung zunimmt.

Nie et al. testeten ihre theoretischen Annahmen mit Hilfe der Ergebnisse verschiedener Umfragen, wobei sie als unabhängige Variablen neben dem formalen Bildungsniveau noch einen Index kognitiver Fähigkeiten (*verbal proficiency*) und verschiedene Statusfaktoren (Berufsstatus, Einkommen und Zentralität in sozialen Netzwerken) verwendeten. Die Analyse von Querschnittsdaten ergab, daß das Verständnis für demokratische Prinzipien tatsächlich in erster Linie vom Bildungsniveau und den individuellen kognitiven Fähigkeiten abhängt, wobei diese unabhängigen Variablen gleichzeitig hoch miteinander korrelieren. Anspruchsvollere und zeitaufwendigere politische Partizipationsformen (Wahlkampfaktivitäten, Mitgliedschaft in politischen Gremien, Kontakte mit Politikern) werden dagegen in erster Linie durch soziale Statusfaktoren beeinflußt. Für zwei weitere abhängige Variablen, nämlich die Beschäftigung mit politischen Fragen (*political attentiveness*) und die Wahlbeteiligung, erwiesen sich Bildungsniveau und Statusfaktoren als gleichermaßen bedeutsam (Nie et al., 1996: S. 39ff.).

Seit Beginn der siebziger Jahre hat in den USA das Verständnis für demokratische Prinzipien deutlich zugenommen, während das politische Engagement gleich geblieben ist bzw. sogar leicht abgenommen hat (1996: 125ff.). Nie et al. weisen nach, daß ein Erklärungsmodell, das nur den Effekt des individuellen Bildungsniveaus berücksichtigt, diesen im ersten Fall überschätzt und im zweiten Fall unterschätzt. Denn die Zunahme des Verständnisses für demokratische Prinzipien ist nicht allein eine lineare Funktion des gestiegenen Bildungsniveaus, sondern resultiert teilweise auch daraus, daß das gesellschaftliche Umfeld insgesamt demokratischer und toleranter geworden ist, was wiederum zu einer überproportionalen Zunahme entsprechender Einstellungen in der Bevölkerung geführt hat.

Umgekehrt wird die Bedeutung des Bildungsniveaus für das politische Engagement vom absoluten Bildungsmodell tendenziell unterschätzt, da Bildung nach wie vor ein zentraler Faktor bei der Zuteilung von sozialem und politischem Status bleibt.¹ Daher hängt die politische Partizipationsbereitschaft auf individueller Ebene nach wie vor eng mit dem Bildungs-

¹ Die Autoren weisen darauf hin, daß die Bedeutung von Bildung als Allokationsmechanismus für sozialen Status mit der Bildungsexpansion sogar eher noch zugenommen hat (vgl. Nie et al., 1996: S. 187ff.).

niveau zusammen, selbst wenn die Bildungsexpansion höhere Bildungsabschlüsse tendenziell entwertet und daher nicht die erwartete lineare Zunahme politischer Partizipation mit sich gebracht hat. Neben dem individuellen Bildungsniveau übt daher auch noch das durchschnittliche Bildungsniveau einen signifikanten zusätzlichen Einfluß aus.

Die Theorie von Nie et al. beansprucht also, das scheinbare Paradox zu erklären, warum das steigende Bildungsniveau der Bevölkerung nicht zu einer parallelen Zunahme beim politischen Interesse und anspruchsvolleren Partizipationsformen geführt hat. Gleichzeitig postuliert sie im Hinblick auf das Demokratieverständnis ähnliche Entwicklungen wie die Wertewandeltheorie, ohne jedoch wie Inglehart die Ursache hierfür primär in den verbesserten materiellen Lebensbedingungen zu suchen. Im folgenden sollen einige Annahmen dieser Theorie auf ihre Gültigkeit im deutschen Kontext überprüft werden. Mittels einer Kohortenanalyse wird dabei untersucht, ob und in welchem Ausmaß sich die Bedeutung des gestiegenen Bildungsniveaus für politische Orientierungen und Verhaltensbereitschaften über die Zeit verändert hat. Die Analyse beschränkt sich dabei auf die alten Bundesländer, da nur für diese entsprechende Zeitreihendaten vorliegen. Zudem liegen in den neuen Bundesländern aufgrund des politischen Umbruchs besondere Bedingungen vor, die die Auswirkungen der Bildungsexpansion auf das politische Engagement überlagern, so daß sich die Annahmen der Theorie dort nur eingeschränkt überprüfen lassen dürften.

2. Politisches Interesse

Die Frage nach dem Interesse an politischen Fragen ist ein ebenso einfacher wie aussagekräftiger Indikator für die subjektive Bedeutung, die dem Lebensbereich Politik zugeschrieben wird. Diese Frage wird in den alten Bundesländern vom Institut für Demoskopie in Allensbach seit den fünfziger Jahren routinemäßig erhoben, und die verfügbaren Daten erlauben daher Trendausagen über einen längeren Zeitraum. Die Zeitreihe zeigt einen starken und fast linearen Anstieg des politischen Interesses in der Gesamtbevölkerung der alten Bundesrepublik von 1952 bis etwa Mitte der siebziger Jahre. Seit diesem Zeitpunkt lassen sich v.a. ausgeprägte kurzfristige Fluktuationen, bei nur noch geringfügigem Anstieg konstatieren. Ende der achtziger bis Anfang der neunziger Jahre führte dann der politische Umbruch zu einem nochmaligen steilen Anstieg der Werte, dem anschließend ein ebenso starker Rückgang folgte. In den neunziger Jahren gingen die Werte von fast 60 Prozent in den Jahren 1990/91 auf nur noch 40 Prozent im März 1997 zurück (Noelle-Neumann & Köcher, 1997: 783f.). Die ausgeprägten Fluktuationen über die Zeit deuten darauf hin, daß bei dieser Frage ausgeprägte Periodeneffekte wirksam sind. Kurzfristige Fluktuationen werden vor allem durch Wahl-

zyklen und außergewöhnliche politische Ereignisse wie den Umbruch in der DDR und die deutsche Vereinigung hervorgerufen.²

Leider ist die publizierte Datenreihe von Allensbach nicht nach Kohorten aufgeschlüsselt. Die für Sekundäranalysen zur Verfügung stehenden Umfragen wiederum gehen nicht so weit zurück wie die Daten des Instituts für Demoskopie, da in diesen vor 1969 nie direkt nach dem politischen Interesse gefragt wurde. Zudem sind die Fallzahlen bei den üblichen Stichprobengrößen meist zu klein, um eine gleichzeitige Unterteilung nach Kohortenzugehörigkeit und Bildungsniveau vornehmen zu können. Von daher wurde für die folgenden Analysen auf die Daten des ALLBUS³ zurückgegriffen, zu dessen Standardprogramm auch eine Frage nach dem politischen Interesse gehört und der sich zudem durch eine relativ große Befragtenzahl von etwa 3000 pro Umfrage auszeichnet. Die Längsschnittanalyse ist dadurch aber auf nur 18 Jahre beschränkt und umfaßt nicht die Periode der starken Zunahme des politischen Interesses.

Tabelle 1: Die Entwicklung des Bildungsniveaus in verschiedenen Kohorten (Zeilenprozent)

Geburtsjahr	Hauptschule	Mittlere Reife	(Fach-)Abitur	Fallzahl
-1919	74,7	16,6	8,7	3790
1920-1929	72,0	15,5	12,6	4082
1930-1939	68,5	18,9	12,6	4509
1940-1949	56,6	26,0	17,4	4902
1950-1954	49,8	26,3	23,9	2615
1955-1959	40,0	28,5	31,5	2694
1960-1964	34,7	32,8	32,5	2786
1965-1969	29,8	34,9	35,4	1801
1970+	29,9	37,1	33,0	883
Gesamt	56,2	23,9	19,8	28062

Quelle: Kumulierter ALLBUS 1980-1998

Anhand der kumulierten ALLBUS-Daten läßt sich zunächst das Ausmaß der Bildungsexpansion verdeutlichen. Tabelle 1 zeigt, daß der Anteil der Befragten mit (Fach-)Abitur bereits bei den ersten Nachkriegsjahrgängen anzusteigen be-

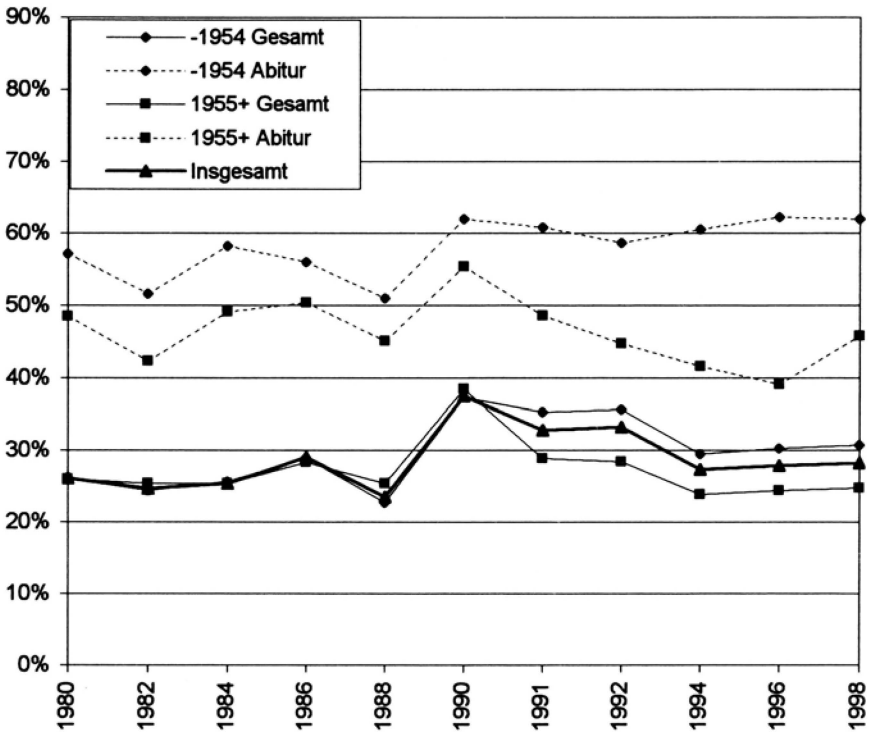
² Daneben ist auch noch die Möglichkeit zyklischer Schwankungen im politischen Engagement in Betracht zu ziehen (vgl. Hirschman, 1982).

³ Der ALLBUS, die ‚Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften‘ wird seit 1980 (und einmalig auch 1991) regelmäßig alle zwei Jahre durchgeführt. Der ALLBUS ist in den Jahren 1980-86 und 1991 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) gefördert worden. Die weiteren Erhebungen wurden von Bund und Ländern über die GESIS (Gesellschaft sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen) finanziert. ALLBUS wird von ZUMA (Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen e.V., Mannheim) und Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung (Köln) in Zusammenarbeit mit dem ALLBUS-Ausschuß realisiert. Die Daten sind beim Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung (Köln) erhältlich. Die vorgenannten Institutionen und Personen tragen keine Verantwortung für die Verwendung der Daten in diesem Beitrag.

gann und ab der Kohorte der 1950 bis 1954 Geborenen die 30-Prozentmarke übersteigt. Nimmt man das Geburtsjahr 1955 als Basis für eine Dichotomisierung nach Jahrgängen, deren Schulzeit vor bzw. nach Beginn der Bildungsexpansion lag, so gibt die Entwicklung des politischen Interesses in diesen beiden Kohorten einen ersten Anhaltspunkt dafür, ob die Auswirkung des formalen Bildungsniveaus auf das politische Interesse im Zeitverlauf geringer geworden ist.

Schaubild 1 bestätigt die Annahme von Nie et al., daß die Zunahme des allgemeinen Bildungsniveaus mit einer relativen Entwertung höherer Bildungsabschlüsse für das politische Interesse einhergeht. Für die Gesamtgruppe der Befragten zeigt sich bis Ende der achtziger Jahre ein fast ebener Verlauf mit nur minimalen Unterschieden zwischen den beiden Kohorten. Nach 1990 sank das politische Interesse in der jüngeren Kohorte dann jedoch stärker ab als bei den älteren Befragten und liegt seitdem – trotz des wesentlich höheren Bildungsniveaus dieser Kohorte – um etwa fünf Prozent niedriger.

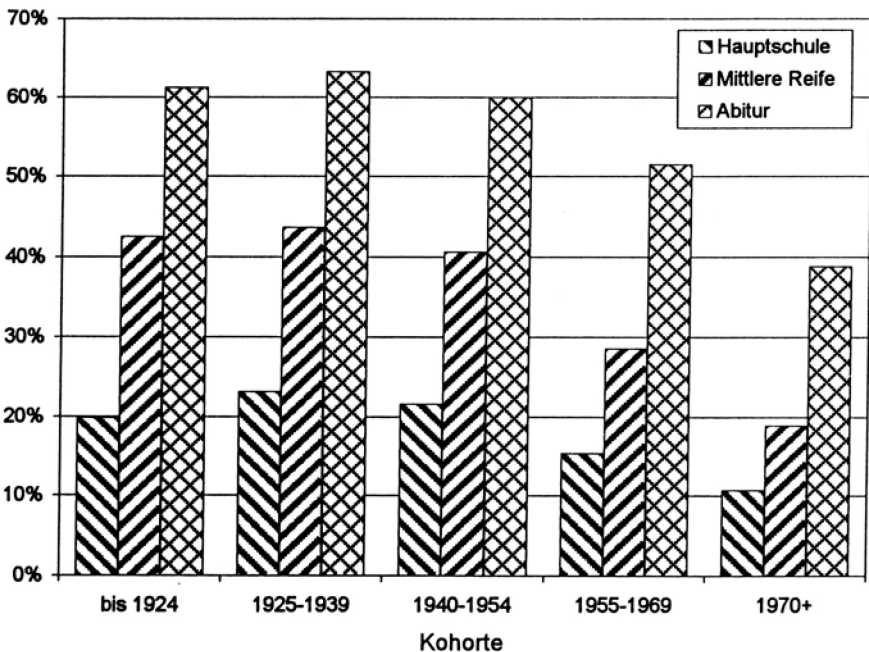
Schaubild 1: Entwicklung des politischen Interesses nach Bildungsniveau und Kohortenzugehörigkeit



Quelle: ALLBUS 1980-1998

Bei den Befragten mit (Fach-)Abitur weisen die Angehörigen der jüngeren Kohorte ein durchweg niedrigeres politisches Interesse auf, wobei die Differenz zwischen den beiden Kohorten mit dem Hinzutreten der nach 1970 Geborenen in den neunziger Jahren auf über zehn Prozent ansteigt. Gleichzeitig ist zu erkennen, daß die politische Mobilisierung 1989/90 alle Gruppen gleichermaßen erfaßte, was erneut bestätigt, daß das politische Interesse auch einem starken Periodeneffekt unterliegt.

Schaubild 2: Politisches Interesse nach Bildungsniveau und Kohortenzugehörigkeit



Anteilswerte: sehr starkes und starkes Interesse auf einer 5-stufigen Skala
Quelle: ALLBUS 1980-1998

Die in Schaubild 2 dargestellten Ergebnisse basieren auf einer differenzierten Kohorteneinteilung, die es erlaubt, die kohortenspezifischen Veränderungen in der Beziehung zwischen Bildungsniveau und politischem Interesse zu bestimmen. Hierfür wurden im Interesse größerer Fallzahlen für die verschiedenen Untergruppen alle ALLBUS-Studien zusammengefaßt. Die Graphik offenbart, daß das politische Interesse in den beiden jüngsten Kohorten, die das Bildungssystem während bzw. nach dem Beginn der Bildungsexpansion durchlaufen haben, deutlich unter dem der drei älteren Kohorten liegt.

Der Rückgang betrifft zwar alle drei Bildungsgruppen, ist jedoch in den beiden höheren ausgeprägter. Dies kann man als eine Bestätigung dafür ansehen, daß höhere Schulabschlüsse durch die Bildungsexpansion tendenziell entwertet worden sind.

Die Prozentsatzdifferenz zwischen der untersten und der obersten Bildungsgruppe, die in der ältesten Kohorte noch 40% beträgt, ist in der jüngsten auf 27% gesunken. Eine vergleichbare Einebnung der Unterschiede läßt sich zwischen der untersten und der mittleren Bildungsgruppe konstatieren. In der ältesten Kohorte liegt die Differenz zwischen diesen beiden Bildungsgruppen bei 20%, in der jüngsten aber beträgt sie nur noch knapp über 6%. Dies deutet darauf hin, daß auch die Mittlere Reife durch die Bildungsexpansion und die Verlängerung der Pflichtschulzeit für Hauptschüler entwertet wurde, und daß sich diese beiden Abschlüsse mehr und mehr angeglichen haben.

Allerdings stellt der Rückgang des politischen Interesses in der jüngeren Generation eine Entwicklung dar, die zumindest teilweise unabhängig von der Bildungsexpansion ist. Denn die Erwartung einer relativen Abnahme der Bedeutung höherer Bildungsabschlüsse impliziert lediglich Konstanz im Aggregat. Es kann damit zwar die Angleichung zwischen den Bildungsgruppen erklären, nicht aber, warum das politische Interesse in allen Bildungsgruppen abgenommen hat. Zumindest ein Teil des Rückgangs im politischen Interesse muß daher durch andere Ursachen bedingt sein.

3. Wahlnorm und Wahlbeteiligung

Wahlen sind in Demokratien der zentrale Zuteilungsmechanismus für politische Herrschaftspositionen. Zudem ist die Beteiligung an Wahlen, da sie mit relativ geringen Kosten verbunden ist, für die meisten Bürger die einzige Form der Einflußnahme auf den politischen Willensbildungsprozeß. Eine hohe Wahlbeteiligung sichert daher ein hohes Maß an politischer Gleichheit (vgl. Kaase, 1981). Im internationalen Vergleich weist Deutschland traditionell eine relativ hohe Wahlbeteiligung auf. Allerdings ist diese in den letzten zwanzig Jahren zurückgegangen, wobei dieser Rückgang bislang zwar bei Bundestagswahlen noch nicht sehr stark gewesen ist, wohl aber bei Wahlen zweiter Ordnung, d.h. bei Landtags- und Kommunalwahlen sowie bei den Wahlen zum Europäischen Parlament.

Nie et al. äußerten zu Beginn ihrer Untersuchung die Erwartung, daß im Hinblick auf die Unterstützung der Wahlnorm sowohl das absolute als auch das relative Bildungsmodell eine Rolle spielen. Denn einerseits ist das Wählen ein Bestandteil eines aufgeklärten Demokratieverständnisses, andererseits aber auch ein Akt instrumenteller politischer Partizipation (1996: 75f.). Die empirische Analyse ergab allerdings, daß die Wahlbeteiligung letztlich eben-

so dem relativen Bildungsmodell unterliegt wie die übrigen Aspekte politischen Engagements (1996: 145). Dies erklärt ihres Erachtens, warum die Wahlbeteiligung in den USA seit den siebziger Jahren stagniert.

Durch die repräsentative Wahlstatistik sind wir für Westdeutschland zumindest bis Anfang der neunziger Jahre relativ gut über die Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Altersgruppen in den alten Bundesländern informiert. Danach lag bis in die achtziger Jahre hinein die Wahlbeteiligung der Jungwähler an Bundestags- und Landtagswahlen – und hier insbesondere der sog. *Zweitwähler*, d.h. der 21- bis 25-Jährigen – um einen in etwa konstanten Faktor von etwas über zehn Prozent unter der Wahlbeteiligung der Gesamtwählerschaft (vgl. Hofmann-Göttig, 1984: 61f.). In den letzten zwanzig Jahren ging die Wahlbeteiligung bei den Jungwählern dann aber überproportional zurück, und die Differenz zur Gesamtwählerschaft nahm zu. Die Wahlbeteiligung der Jungwähler sank bei Landtags- und Europawahlen teilweise auf unter 50 Prozent, und gleichzeitig stieg die Differenz zwischen dieser Altersgruppe und den älteren Erwachsenen auf über 30 Prozent an (Hofmann-Göttig, 1996: 22).

In den USA hat sich – bei allerdings sehr viel geringeren Wahlbeteiligungsraten – das individuelle Bildungsniveau als der wichtigste Prädiktor für die Wahlbeteiligung erwiesen. So haben Abramson et al. mittels einer multivariaten Analyse nachgewiesen, daß das gestiegene Bildungsniveau den Einfluß anderer Faktoren weitgehend konterkariert hat, die ansonsten einen sehr ausgeprägten Rückgang der Wahlbeteiligung nahegelegt hätten (1998: 80). Insofern ist es angesichts auch in Deutschland abnehmender Wahlbeteiligungsraten, von denen manche befürchten, daß sie mittelfristig auf amerikanisches Niveau sinken könnten, durchaus von Interesse, zu untersuchen, welche Rolle dabei das Bildungsniveau spielt und welche Effekte die Bildungsexpansion gehabt hat.

Leider stehen für die Analyse des Einflusses des Bildungsniveaus auf die Wahlbeteiligung keine vergleichbar guten Zeitreihendaten wie für das politische Interesse zur Verfügung. Von daher kann hier lediglich auf die Ergebnisse von Querschnittsbefragungen aus den neunziger Jahren zurückgegriffen werden, nämlich auf zwei Wahluntersuchungen von Falter et al., die 1994 und 1998 durchgeführt wurden. Im Interesse einer möglichst hohen Fallzahl wurden dabei beide Studien, bei denen ein fast identischer Fragebogen zum Einsatz kam, für die Analyse zusammengefaßt. Damit läßt sich der Zusammenhang zwischen Bildungsniveau, Kohortenzugehörigkeit und Wahlbeteiligung⁴ wenigstens im Querschnitt bestimmen. In Tabelle 2 ist dabei der Anteil

⁴ Für die Analyse der Wahlbeteiligung standen in dem verwendeten Datensatz drei unterschiedliche Variablen zur Verfügung, nämlich die Befürwortung der Wahlnorm, die Wahlbeteiligungsabsicht und die Angabe, tatsächlich bei der letzten Bundestagswahl gewählt zu haben. Da bekannt ist, daß die letzten beiden Angaben aus Gründen der sozialen Erwünschtheit in der Regel im Vergleich zur tatsächlichen Wahlbeteiligung

derjenigen Befragten ausgewiesen, die die Aussage befürworten, daß es in der Demokratie die Pflicht jedes Bürgers ist, sich regelmäßig an Wahlen zu beteiligen (Wahlnorm). Es zeigt sich, daß die Wahlnorm in den beiden jüngeren Kohorten etwas schwächer verankert ist, aber auch bei den jüngeren Befragten von einer großen Mehrheit unterstützt wird. Der Anteilswert in der jüngsten Kohorte liegt 5,9% unter dem in der ältesten.

Tabelle 2: Befürwortung der Wahlnorm¹ nach Kohortenzugehörigkeit (Zeilenprozent)

Kohorte	Ablehnung	neutral	Zustimmung	Fallzahl
-1924	5,6	13,0	81,4	376
1925-1939	5,5	11,5	83,1	898
1940-1954	5,2	11,3	83,5	963
1955-1969	8,9	13,3	77,8	1364
1970+	10,4	14,5	75,1	578
Gesamt	7,2	12,6	80,2	4179

1 Frage: „In der Demokratie ist es die Pflicht jedes Bürgers, sich regelmäßig an Wahlen zu beteiligen.“ Antworten „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ auf einer 5-stufigen Skala

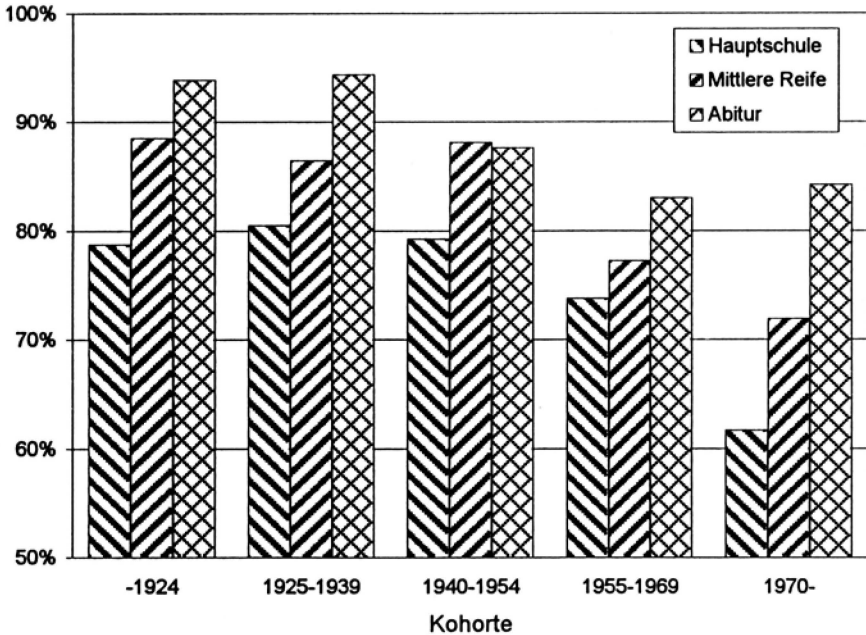
Quelle: Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland, 1994-1998 (jeweils nur Vorwahlbefragung)

Dabei unterschätzt eine rein kohortenspezifische Betrachtungsweise aber die tatsächlich zwischen den Kohorten bestehenden Unterschiede, da sie die Unterschiede im Bildungsniveau der verschiedenen Kohorten ignoriert. Bei Berücksichtigung des Bildungsniveaus sind die Unterschiede zwischen den Kohorten erheblich größer, wie man in Schaubild 3 sehen kann. Gleichzeitig wird auch offenkundig, daß der Effekt des formalen Bildungsniveaus nicht ab-, sondern zugenommen hat. Die Wahlnorm ist in der niedrigsten Bildungsgruppe um 17,8%, in der mittleren um 16,6%, in der höchsten jedoch lediglich um 9,7% zurückgegangen.

Die Ergebnisse deuten also auf eine gesamtgesellschaftliche Erosion der Wahlnorm hin. Diese ist unabhängig von der Bildungsexpansion und betrifft alle Angehörigen der jüngeren Kohorten. Das tatsächliche Ausmaß des Rückgangs wird durch die Bildungsexpansion sogar eher verschleiert, da der generationsbedingte Rückgang in der Wahlnorm durch die Bildungsexpansion weitgehend kompensiert wurde. Von daher ergibt sich im Aggregat eine weitgehende Stabilität.

deutlich überhöht sind (vgl. Hoffmann-Jaberg & Roth, 1994: 139f.), wurden der Frage nach der Wahlnorm der Vorzug gegeben, die von der Formulierung her unpersönlich und damit weicher ist und gleichzeitig auch die niedrigsten Anteilswerte aufwies.

Schaubild 3: Befürwortung der Wahlnorm nach Bildungsniveau und Kohortenzugehörigkeit



Anteilswerte: Werte +1 und +2 auf einer 5-stufigen Skala

Quelle: Falter et al., Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland, 1994-1998

4. Direktdemokratische politische Beteiligungsformen

Im folgenden Abschnitt soll noch eine weitere Komponente des politischen Engagements untersucht werden, nämlich die Bereitschaft, sich zur Durchsetzung eines politischen Anliegens direktdemokratischer Beteiligungsformen zu bedienen. Die Zunahme dieser Bereitschaft ist vielfach als eine wichtige Folge des Wertewandels betrachtet worden. Die Autoren der Political Action-Studie (Barnes et al., 1979) wiesen bereits in den siebziger Jahren darauf hin, daß neben die traditionellen, repräsentationsbezogenen Partizipationsformen wie Wählen und Mitarbeit in politischen Parteien neue, nicht-verfaßte politische Partizipationsformen getreten sind, mit denen erstmals die Generation der Studentenbewegung versuchte, ihren politischen Anliegen Gehör zu verschaffen. Inzwischen haben zahlreiche Studien die zunehmende

Popularität dieser neuen Partizipationsformen belegt (u.a. Dalton, 1996: 62ff.; Topf, 1995).

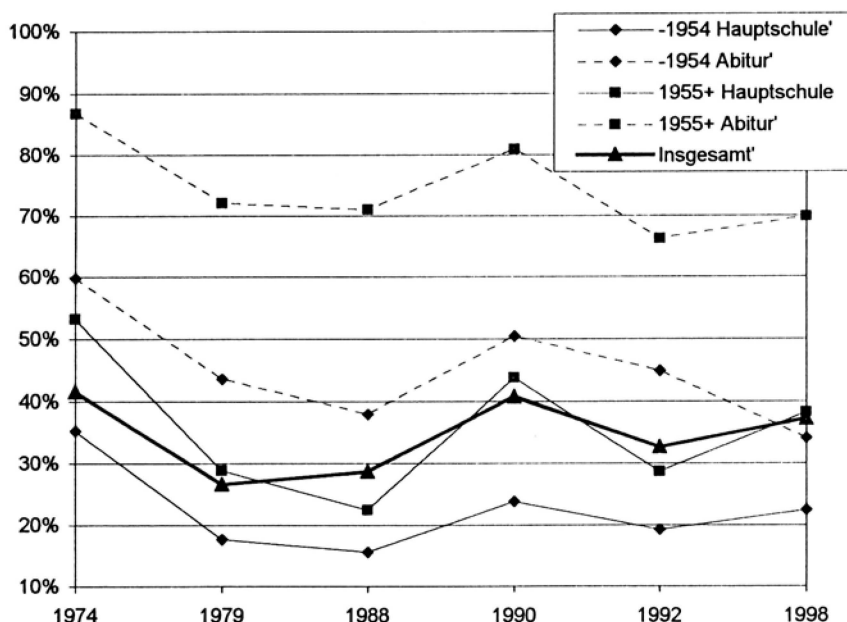
Schaubild 4 zeigt, daß über den Zeitraum, für den einschlägige Daten vorliegen, nämlich seit 1974, die Bereitschaft, sich an (genehmigten) Demonstrationen zu beteiligen, um ein politisches Anliegen durchzusetzen, in der westdeutschen Gesamtbevölkerung bestenfalls geringfügig zugenommen hat. Die hohen Werte von 1974 wurden später nie mehr erreicht, nicht einmal im Jahr der deutschen Einigung, das im Hinblick auf alle anderen Fragen eine extrem hohe Mobilisierungswirkung hatte. Gleichzeitig liegt zu allen Zeitpunkten die Demonstrationsbereitschaft in der jüngeren Generation⁵ über derjenigen in der älteren, auch wenn der intergenerationelle Unterschied bei den Befragten, die lediglich die Hauptschule besucht haben, nicht besonders ausgeprägt ist. Da die Veränderungen im Partizipationsreservoir in erster Linie die Jüngeren mit höherem formalen Bildungsniveau betreffen, die trotz Bildungsexpansion nach wie vor nur eine Minderheit in der Gesamtbevölkerung ausmachen, hat sich diese Entwicklung im Aggregat aber bislang nur wenig ausgewirkt. Dies unterstreicht, wie langsam sich intergenerationeller Wandel vollzieht. Zwar existiert auch in der älteren Generation ein Bildungseffekt, dieser ist jedoch weit weniger ausgeprägt. Zudem ist der Bildungseffekt in beiden Kohorten relativ konstant über die Zeit, was darauf hindeutet, daß in dieser Frage eher das absolute als das relative Bildungsmodell gilt.

Die Querschnittsanalyse für die neunziger Jahre⁶ (vgl. Tabelle 3) bestätigt, daß die politische Protestbereitschaft in der jüngeren Generation deutlich höher liegt. Die Differenz zwischen den beiden Kohorten der bis 1954 und ab 1955 Geborenen beträgt 24,6%. Gleichzeitig ist die Differenz zwischen der niedrigsten und der höchsten Bildungsgruppe in beiden Kohorten vergleichbar hoch (vgl. hierzu auch Bürklin, 1994: 30ff.). Differenziert man die Kohorteneinteilung noch weiter, so läßt sich eine lineare Zunahme der Demonstrationsbereitschaft von 20,9% in der ältesten Kohorte (bis 1924 Geborene) auf 66,9% in der jüngsten (1970 und später Geborene) konstatieren (Schaubild 5). Diese Zunahme ist besonders bei Befragten mit mittlerem Bildungsniveau ausgeprägt, die in der jüngsten Kohorte zur Gruppe mit Abitur voll aufgeschlossen haben. Dies unterstützt die Erwartung von Nie et al. bezüglich eines zusätzlichen Effekts des sozialen Umfelds.

⁵ Für 1974 wurde eine geringfügig abweichende Kohorteneinteilung vorgenommen, da die Fallzahl für die nach 1954 Geborenen zu gering war. Hier wurde für die Kohortenaufteilung das Jahr 1950 zugrundegelegt (-1949 und ab 1950).

⁶ In der Studie von Falter et al. wurde ein abweichendes Frageformat mit einer 5-stufigen Skala verwendet, die von „würde ich bestimmt tun“ bis „würde ich bestimmt nicht tun“ reicht. Die Anteilswerte für die beiden zustimmenden Antworten liegen etwas höher, was sich anhand eines Vergleichs mit den Daten des zeitgleich durchgeführten ALLBUS von 1998 nachweisen läßt. Allerdings wurde beim ALLBUS 1998 ebenfalls ein gegenüber den früheren Studien abweichendes Frageformat gewählt, das aber immerhin mit den früheren Umfragen vergleichbare Antwortkategorien enthielt.

Schaubild 4: Entwicklung der Demonstrationsbereitschaft nach Kohortenzugehörigkeit und Bildungsniveau



Anteilswerte: „habe bereits teilgenommen“ und „würde teilnehmen“

Quelle: Political Action 1974, 1979; ALLBUS 1988, 1990, 1992, 1998

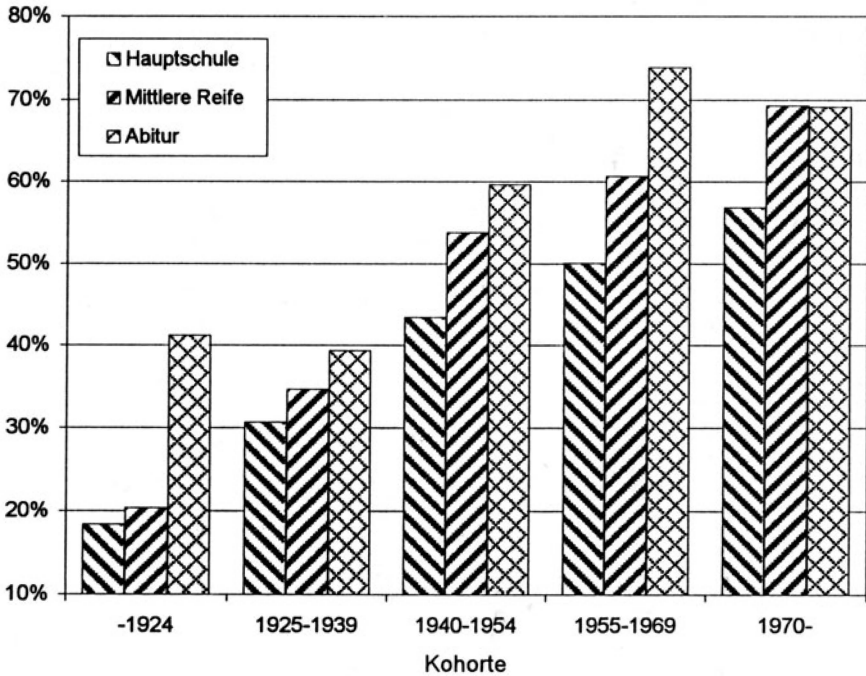
Tabelle 3: Befürwortung verschiedener Partizipationsformen¹
(Prozentwerte pro Gruppe)

Kohorte	Hauptschule	Mittlere Reife	Abitur	Gesamt	% Diff. Abi – HS
1. Bereitschaft zur Teilnahme an einer genehmigten Demonstration					
-1954	32,5	44,5	51,6	38,1	19,1
ab 1955	51,6	63,1	72,4	62,7	20,8
Gesamt	38,2	55,2	65,1	49,4	16,9
2. Mitarbeit in einer Bürgerinitiative					
-1954	39,7	58,9	65,8	47,9	16,1
ab 1955	51,4	60,7	69,4	60,8	18,0
Gesamt	43,2	59,9	68,2	53,8	25,0
3. Die Unterstützung einer Partei gewinnen					
-1954	28,7	38,9	60,5	36,7	31,8
ab 1955	38,3	44,1	67,9	47,0	19,6
Gesamt	31,7	41,9	58,9	41,4	27,2

¹ Um in einer wichtigen Sache politisch Einfluß zu nehmen; jeweils Skalenwerte +1 und +2 auf einer 5-stufigen Skala von -2 bis +2

Quelle: Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland, 1994-1998

Schaubild 5: Demonstrationsbereitschaft nach Bildungsniveau und Kohortenzugehörigkeit



Anteilswerte: +1 und +2 auf einer 5-stufigen Skala

Quelle: Falter et al., Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland, 1994-1998

Die Demonstrationsbereitschaft wurde hier zunächst als der wohl bedeutsamste Indikator für Veränderungen im Partizipationsreservoir analysiert. Vergleichbare Unterschiede zwischen den Generationen ergeben sich jedoch auch für zwei weitere Aktivitäten zur Durchsetzung eines politischen Anliegens, nämlich die Mitarbeit in Bürgerinitiativen und den Versuch, die Unterstützung einer Partei zu gewinnen. Auch die Bereitschaft zu diesen Aktivitäten ist in der jüngeren Generation höher. Die Anteilswerte für die Bürgerinitiativen sind sehr ähnlich denen für die Demonstrationsbereitschaft. Die Anteilswerte für die Mobilisierung von Parteien liegt zwar insgesamt niedriger, aber sie deuten darauf hin, daß eine starke Mehrheit der Angehörigen der jüngeren Generation gegebenenfalls auch bereit ist, traditionelle Wege zu beschreiten, sofern ihnen ein Anliegen wichtig genug ist. Bei all diesen Aktivitäten handelt es sich insofern um neue Formen politischer Aktivität, als es um konkrete, problembezogene Aktivitäten und nicht um eine generelle Bereitschaft zur Mitarbeit in diesen Organisationen geht.

Diese Ergebnisse unterstreichen, daß die Studie von Nie et al. die Auswirkungen der Bildungsexpansion auf das politische Partizipationsverhalten nicht umfassend berücksichtigt hat, da sie sich auf traditionelle Partizipationsformen (Wahlkampfaktivitäten, politische Ämter, kommunalpolitische Aktivitäten) beschränkte. Während diese Partizipationsformen plausiblerweise in erster Linie ein Statusgut sind und ihre Nutzung sehr stark von sozioökonomischen Statusfaktoren abhängt, erfordert der Einsatz der neuen politischen Protestformen weit weniger Ressourcen und steht daher auch Personen offen, die ansonsten nur über wenig Kontakte zum politischen System verfügen. Das politische Partizipationspotential und die tatsächliche Partizipation werden daher unterschätzt, wenn man diese Erweiterung des Partizipationsrepertoires nicht berücksichtigt. Letztlich handelt es sich bei der Veränderung im Partizipationsverhalten jedoch erneut um die Konsequenz eines Wertewandels, der durch die Bildungsexpansion zwar beschleunigt, aber nicht verursacht wurde.

5. *Politische Toleranz und Postmaterialismus*

Die These von Nie et al., daß das absolute Bildungsmodell vor allem für solche Einstellungsbereiche gilt, die rein kognitiver Natur sind, da es sich hierbei nicht um Statusgüter, sondern um individuelle Güter handele, wird von den Autoren primär am Beispiel politischer Toleranz untersucht. Entsprechend dieser Annahme müßte die politische Toleranz im Zuge der Bildungsexpansion zugenommen haben.

Leider liegen zur Messung politischer Toleranz keine guten deutschen Zeitreihendaten vor. Die besten Daten hierzu finden sich erneut im ALLBUS, in dem mehrfach nach den Einstellungen zu Gastarbeitern bzw. den in Deutschland lebenden Ausländern gefragt wurde.⁷ Im einzelnen wurden die folgenden vier Items vorgegeben:

- Gastarbeiter/Ausländer sollten ihren Lebensstil ein bißchen besser an den der Deutschen anpassen
- Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Gastarbeiter/Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken
- Man sollte Gastarbeitern/Ausländern jede politische Betätigung in Deutschland untersagen
- Gastarbeiter sollten sich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen.

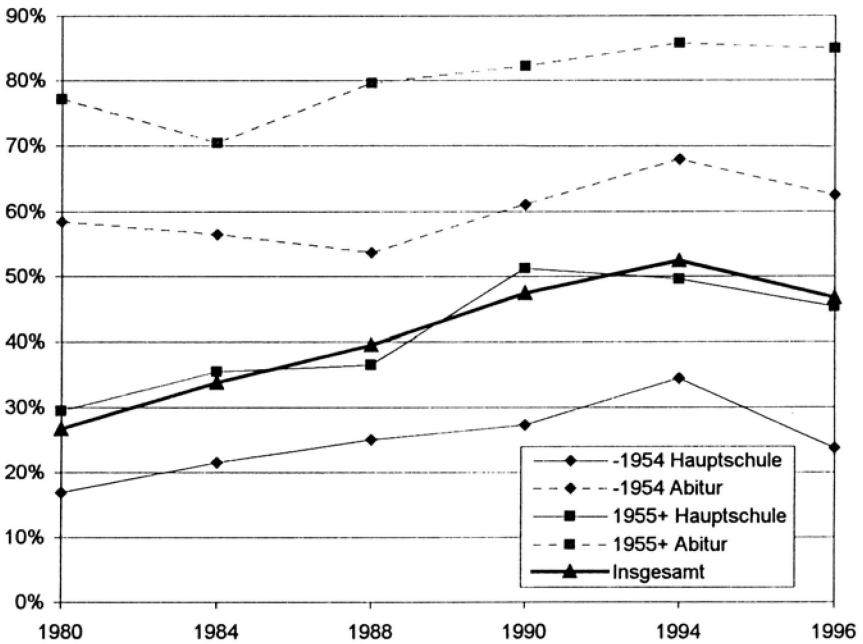
Die Interkorrelationen zwischen diesen Items sind erwartungsgemäß hoch und liegen zwischen .346 und .522. In einer Hauptkomponentenanalyse laden die Items auf einem einzigen Faktor, der 58,5% der Gesamtvarianz erklärt. Inso-

⁷ 1980, 1984, 1988, 1990, 1994 (Split) wurde nach Gastarbeitern, 1994 (Split) und 1996 dagegen nach den in Deutschland lebenden Ausländern gefragt.

fern konnten sie zu einem additiven Index zusammengefaßt werden. Der Index mißt die *Ablehnung bzw. Befürwortung der Integration von Ausländern*.⁸

Schaubild 6 zeigt, daß die Befürwortung der Integration von Ausländern zwischen 1980 und 1994 von 26,7% auf 52,3% zugenommen hat. Der Anteilswert für 1996 liegt zwar mit 46,6% zwar um 5,7% unter dem für 1994, bei nur einem Zeitpunkt kann aber noch nicht auf eine Umkehr des Trends geschlossen werden, zumal sich in der Studie von Falter et al. zwischen 1994 und 1998 keine vergleichbare Zunahme der Ausländerfeindlichkeit feststellen läßt.

Schaubild 6: Befürwortung der Integration von Gastarbeitern/Ausländern nach Kohortenzugehörigkeit und Bildungsniveau



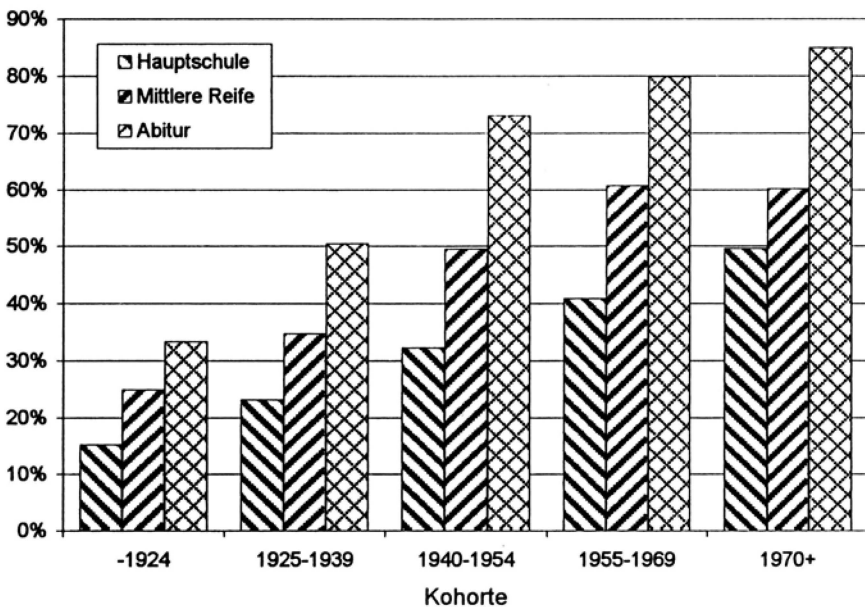
Anteilsweite: Werte 1.0-3.3 auf einem 7-stufigen Index; zur Indexbildung vgl. Text

Quelle: ALLBUS 1980, 1984, 1988, 1990, 1994, 1996

⁸ Der Wertebereich der Ursprungsskizze und des Index reicht von 1 „stimme überhaupt nicht zu“ bis 7 „stimme voll und ganz zu“. Für das Schaubild wurde der Index folgendermaßen recodiert:
 Befürwortung der Ausländerintegration: 1.0 - 3.3
 neutral: 3.5 - 4.5
 Ablehnung der Ausländerintegration: 4.8 - 7.0.

Unter allen bisher betrachteten Variablen weist die Einstellung zu Ausländern also die größte Veränderung über die Zeit auf, und der Trend erstreckt sich gleichermaßen auf die Angehörigen aller Kohorten und Bildungsgruppen. Analysiert man den Kohorten- und Bildungseffekt im Querschnitt (Schaubild 7), so zeigt sich, daß der Bildungseffekt in der dritten und vierten Kohorte (1940-1954 und 1955-1969) mit 40,8% bzw. 39,1% am größten ist, während er in der jüngsten Kohorte wieder auf 35,4% sinkt. Dies ist allerdings in erster Linie auf die überproportionale Zunahme der Befürwortung der Ausländerintegration in der niedrigsten Bildungsgruppe zurückzuführen (+8,8%), während die Anteilswerte in der mittleren Gruppe stagnieren und die Zunahme in der höchsten Bildungsgruppe lediglich noch 5,1% beträgt.

Schaubild 7: Befürwortung der Integration von Gastarbeitern/Ausländern nach Bildungsniveau und Kohortenzugehörigkeit



Anteilswerte: Werte 1.0-3.3 auf einem 7-stufigen Index; zur Indexbildung vgl. Text

Quelle: ALLBUS 1980, 1984, 1988, 1990, 1994, 1996

Im Kohortenvergleich ist die Differenz zwischen der jüngsten und der ältesten Kohorte in der höchsten Bildungsgruppe mit 51,7% am eindrucksvollsten, sie beträgt aber auch in der mittleren Bildungsgruppe noch 35,2% und in der niedrigsten immerhin 34,4%. Dies spricht dafür, daß der von Nie et al.

postulierte Effekt des sozialen Umfeldes tatsächlich zu einer überproportionalen Zunahme positiver Einstellungen gegenüber Ausländern geführt hat, der weit über einen einfachen linearen Bildungseffekt hinausgeht.

6. Wertewandel und verändertes Verständnis von der Rolle der Bürger in der Politik

Wie bereits zu Anfang bemerkt, stehen die nachweisbaren Veränderungen in der politischen Kultur, vor allem die Abnahme traditioneller und die Zunahme direktdemokratischer politischer Partizipationsformen, aber auch die Zunahme politischer Toleranz, in Einklang mit der Wertewandelstheorie von Inglehart. Die veränderten Wertorientierungen werden üblicherweise mit dem inzwischen in fast allen politischen Meinungsumfragen enthaltenen Postmaterialismusindex gemessen. Dieser Index ist auch in sämtlichen ALLBUS-Studien enthalten, so daß sich dessen Entwicklung über die Zeit verfolgen läßt.

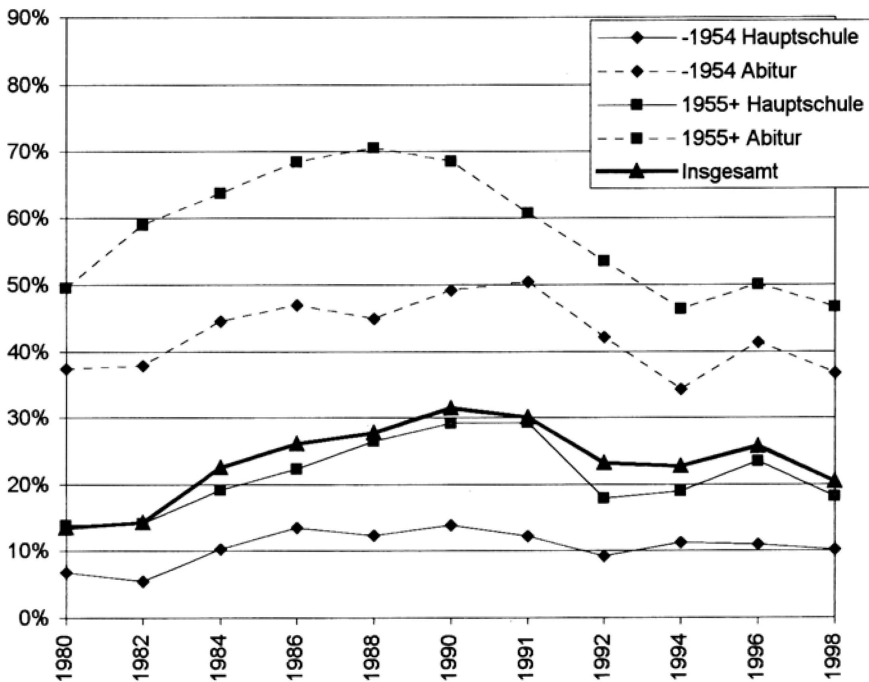
Wegen des gestiegenen Wohlstandsniveaus in den entwickelten Demokratien richtet sich das Hauptaugenmerk Ingleharts auf die Angehörigen der Nachkriegskohorten, wobei er zusätzlich davon ausgeht, daß die Befragten mit höherem Bildungsniveau aufgrund ihres höheren kognitiven Mobilisierungsniveaus die Hauptträger des Wertewandels sind. Dabei betont er jedoch gleichzeitig, daß materielle Sicherheit und nicht Bildung der ausschlaggebende kausale Faktor ist, was er mit dem engeren statistischen Zusammenhang zwischen dem Postmaterialismusindex und der materiellen Sicherheit in der Jugend ($\beta = .556$ für Berufsprestige des Vaters im Vergleich zu $\beta = .338$ für Bildung) untermauert (1997: 155).

Betrachtet man nun die Entwicklung des Anteils der Befragten mit postmaterialistischer Orientierung in der westdeutschen Gesamtbevölkerung und in den verschiedenen Untergruppen, so läßt sich feststellen, daß zwar zunächst für die achtziger Jahre ein deutlicher Anstieg zu erkennen ist, daß der Anteil der Postmaterialisten jedoch seit den späten achtziger Jahren kontinuierlich abgenommen hat und 1998 nur noch unwesentlich über dem Niveau von 1980 lag (Schaubild 8). Sowohl die Zunahme in den achtziger Jahren als auch der Rückgang in den neunziger Jahren waren bei den Befragten mit Abitur in der jüngeren Generation besonders ausgeprägt. Die von Inglehart in seinem jüngsten Buch berichtete starke Zunahme des Anteils der Postmaterialisten in den alten Bundesländern basiert dagegen auf den World Value Surveys von 1981 und 1990 und berücksichtigt noch nicht die Abwärtsentwicklung in den neunziger Jahren (1997: 157).

Das Bild ist allerdings zu differenzieren, da die getrennte Betrachtung der vier im Inglehart-Index enthaltenen politischen Ziele (Schaubild 9) die bisherigen Ergebnisse bestätigt. Demnach hat der Anteil der Befragten, die einem vermehrten Einfluß der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung die höchste

Priorität einräumen, seit 1980 deutlich zugenommen und ist auch nach 1990 nur geringfügig gesunken. Umgekehrt hat die Relevanz der Inflationsbekämpfung deutlich nachgelassen, während schließlich die Forderung nach Ruhe und Ordnung auf hohem Niveau geringfügig abgenommen und die Forderung nach Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung geringfügig zugenommen haben. Die Differenzen zwischen Schaubild 8 und Schaubild 9 deuten darauf hin, daß durch die Indexbildung wichtige Differenzierungen verloren gehen. Insofern werden die konstatierten Veränderungen im Verständnis von der Rolle der Bürger durchaus auch durch diese Daten bestätigt.⁹

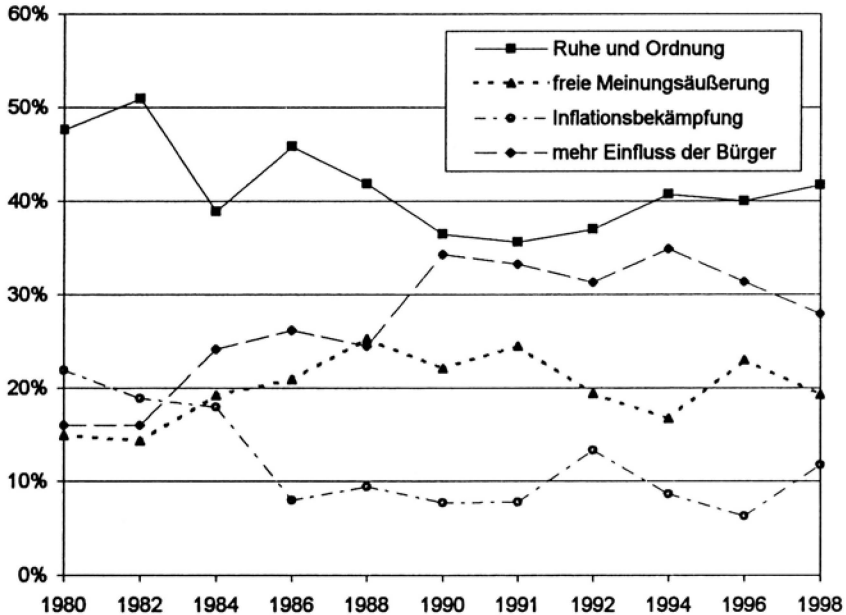
Schaubild 8: Entwicklung des Anteils der Postmaterialisten nach Kohortenzugehörigkeit und Bildungsniveau



Quelle: ALLBUS 1980-1998

⁹ Die Abweichungen in der zeitlichen Entwicklung zwischen Index und Einzelitems dürften nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, daß ein großer Anteil der Befragten, nämlich diejenigen mit gemischt materialistisch-postmaterialistischer Orientierung, bei der Beschränkung auf die Betrachtung des Anteils der reinen Postmaterialisten nicht berücksichtigt werden. Dabei deutet schon die gleichbleibend hohe Popularität des Items „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ darauf hin, daß der Anteil der reinen Postmaterialisten nicht besonders hoch sein kann.

Schaubild 9: Entwicklung des Anteils der Befragten, die dem entsprechenden politischen Ziel höchste Priorität einräumen



Quelle: ALLBUS 1980-1998

7. Fazit

Die Ergebnisse bestätigen, daß die von Nie et al. für die USA nachgewiesenen Auswirkungen der Bildungsexpansion auf die politische Kultur sich auch in Deutschland nachweisen lassen. Allerdings sind die Annahmen der Autoren doch erheblich zu differenzieren. Während im Hinblick auf das politische Interesse und für die traditionellen politischen Beteiligungsformen viel für die Gültigkeit des relativen Bildungsmodells spricht, ist formale Bildung umgekehrt für die Wahlbereitschaft sogar bedeutsamer geworden, und lediglich die Bildungsexpansion hat die Erosion der Wahlnorm in der jüngeren Generation bislang in Grenzen gehalten. Die Erosion der Wahlnorm geht andererseits Hand in Hand mit einer Zunahme der politischen Protestbereitschaft in der jüngeren Generation, auch wenn die Längsschnittdaten dies aufgrund des späten Beginns der Zeitreihe im Jahr 1974 nicht angemessen abzubilden erlauben.

Letztlich sind die Erosion der Wahlnorm und die Zunahme der politischen Protestbereitschaft lediglich zwei Seiten einer Medaille und weisen auf ein grundlegend verändertes Verständnis von der Rolle der Bürger in der Politik hin. Politische Entscheidungen werden zwar nach wie vor als Sache der politischen Eliten betrachtet, aber die jüngeren Bürger sind in weit geringerem Maße als früher bereit, diese als gegeben hinzunehmen. Im Sinne Ingleharts spricht dies dafür, daß die Akzeptanz eines elitendominierten politischen Prozesses durch eine stärkeres politisches Selbstbewußtsein der Bürger abgelöst wurde (*elite challenging behavior*). Diese Entwicklung steht zwar insofern in Zusammenhang mit der Bildungsexpansion, als die hoch gebildeten Angehörigen der jüngeren Generation die Avantgarde dieser säkularen Entwicklung gewesen sind und der Effekt des Bildungsniveaus sich dabei auch in der jungen Generation nicht abgeschwächt hat. Aber die Entwicklung ist andererseits nicht an ein hohes Bildungsniveau gebunden und hat die Angehörigen der jüngeren Generation insgesamt erfaßt. Dies kommt bei der groben Generationsunterteilung in Schaubild 4 allerdings nicht hinreichend zum Tragen, wird jedoch durch die Querschnittsanalyse in Schaubild 5 deutlich belegt.

Andererseits ist offenkundig, daß politischer Protest zwar ein Mittel für politisch nicht etablierte Gruppen darstellt, sich im politischen Willensbildungsprozeß Gehör zu verschaffen, daß die Organisation von Protestgruppen und -aktivitäten jedoch Ressourcen voraussetzt, so daß man auch für die neuen Partizipationsformen die Gültigkeit des sozioökonomischen Standardmodells politischer Partizipation unterstellen kann, das wiederum denjenigen mit höherer Bildung und höherem Berufsstatus erheblich bessere Durchsetzungschancen verleiht (vgl. hierzu Kaase 1981). Insofern kann man aus dem geänderten Demokratieverständnis der Angehörigen der jüngeren Kohorten nicht schließen, daß die Relevanz sozioökonomischer Ungleichheit für politische Ungleichheit abgenommen hat. Dies läßt sich allerdings mit den verfügbaren Daten nicht untersuchen.

Während die Analyse von Nie et al. durch ihre Beschränkung auf traditionelle politische Partizipationsformen der Komplexität der Beziehungen zwischen generationellem Wandel, Bildungsniveau und politischen Partizipationsbereitschaften nicht ganz gerecht wurde, hat sich die Annahme der Autoren im Hinblick auf die säkulare Zunahme politischer Toleranz als Folge der Bildungsexpansion bestätigt. Tatsächlich hat politische Toleranz in der westdeutschen Gesamtbevölkerung deutlich und in allen Untergruppen leicht zugenommen, wobei die Zunahme bei den Angehörigen der jüngeren Generation ohne höhere Bildung am ausgeprägtesten war. Dies könnte dafür sprechen, daß hier der von Nie et al. postulierte Effekt des durch die Bildungsexpansion liberaler gewordenen sozialen Umfeldes eine Rolle gespielt hat.

Letztlich sind Entwicklungen der politischen Kultur aber nie ein reiner Reflex sozioökonomischer Entwicklungen, sondern kulturelle Entwicklungen folgen ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten. Daher sind die analysierten Verän-

derungen in den politischen Einstellungen und Verhaltensbereitschaften zumindest teilweise unabhängig von der Bildungsexpansion gewesen. Nur die Annahme eines säkularen Wertewandels kann erklären, warum für alle untersuchten Variablen die Kohortendifferenzen erheblich ausgeprägter sind als dies nach der Zunahme des Bildungsniveaus zu erwarten gewesen wäre. Der Rückgang des politischen Interesses und der Wahlnorm sind daher ebenso wie die gestiegene politische Protestbereitschaft nicht einfach eine Konsequenz der Bildungsexpansion, sondern deuten auf einen veränderten Stellenwert von Politik in der jüngeren Generation hin.

Literatur

- Abramson, P.R./Aldrich, J.H./Rohde, D.W.: Change and Continuity in the 1996 Elections. Washington: CQ Press, 1998
- Barnes, S.H./Kaase, M. et al.: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies. Beverly Hills/London: Sage Publications, 1979
- Bürklin, W.: Verändertes Wahlverhalten und der Wandel der politischen Kultur. In: Bürklin, W./Roth, D. (Hrsg.): Das Superwahljahr. Köln: Bund-Verlag, 1994, S. 27-53
- Dalton, R.J.: Citizen Politics. Chatham: Chatham House, 2. Auflage 1996
- Feist, U.: Die Macht der Nichtwähler. München: Knaur, 1994
- Fischer, A.: Engagement und Politik. In: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugend '97. Opladen: Leske + Budrich, 1997, S. 303-341
- Fischer, A.: Jugend und Politik. In: Deutsche Shell (Hrsg.): Jugend 2000. Band 1. Opladen: Leske + Budrich, 2000, S. 261-282
- Hirschman, A.: Shifting Involvements: Private Interest and Public Action. Princeton: Princeton University Press, 1982
- Hoffmann-Jaberg, B./Roth, D.: Die Nichtwähler. Politische Normalität oder wachsende Distanz zu den Parteien? In: Bürklin, W./Roth, D. (Hrsg.): Das Superwahljahr. Köln: Bund-Verlag, 1994, S. 132-159
- Hoffmann-Lange, U.: Jugend zwischen Teilnahmebereitschaft und Politikverdrossenheit. In: Palentien, C./Hurrelmann, K. (Hrsg.): Jugend und Politik. Neuwied: Luchterhand, 2. Auflage 1998, S. 178-205
- Hoffmann-Lange, U.: Trends in der politischen Kultur Deutschlands: Sind Organisationsmüdigkeit, Politikverdrossenheit und Rechtsextremismus typisch für die deutsche Jugend? In: Gegenwartskunde 48(1999), S. 365-390
- Hofmann-Göttig, J.: Die jungen Wähler. Frankfurt: Campus, 1984
- Hofmann-Göttig, J.: Die „Kleine Bundestagswahl vom 24. März 1996“. Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Mainz/Bonn, 1996
- Inglehart, R.: Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic, and Political Change in 43 Societies. Princeton: Princeton University Press, 1997
- Kaase, M.: Politische Beteiligung und politische Ungleichheit. Betrachtungen zu einem Paradoxon. In: Albertin, L./Link, W. (Hrsg.): Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Düsseldorf: Droste, 1981, S. 363-377
- Kaase, M.: The Challenge of the „Participatory Revolution“ in Pluralist Democracies. In: International Political Science Review 5(1984), S. 299-318

- Kaase, M.: Politische Einstellungen der Jugend. In: Markewska, M./Nave-Herz, R. (Hrsg.): Handbuch der Familien- und Jugendforschung, Band 2. Neuwied: Luchterhand, 1989, S. 607-624
- Kühnel, W.: Orientierungen im politischen Handlungsraum. In: Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.): Jugend ,92. Band 2. Opladen: Leske + Budrich, 1992, S. 59-71
- Nie, N.H./Junn, J./Stehlik-Barry, K.: Education and Democratic Citizenship in America. Chicago: University of Chicago Press, 1996
- Noelle-Neumann, E./Köcher, R. (Hrsg.): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1993-1997. München: Saur, 1997
- Pickel, G.: Politisch verdrossen oder nur nicht richtig aktiviert? In: Silbereisen, R.K./Vaskovics, L.A./Zinnecker, J. (Hrsg.): Jungsein in Deutschland. Jugendliche und junge Erwachsene 1991 und 1996. Opladen: Leske + Budrich, 1996, S. 85-98.
- Rattinger, H./Krämer, J.: Wahlnorm und Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik Deutschland: Eine Kausalanalyse. In: Politische Vierteljahresschrift 36(1995), S. 267-285
- Topf, R.: Beyond Electoral Participation. In: In: Klingeman, H.-D./Fuchs, D. (Hrsg.): Citizens and the State. Oxford: Oxford University Press, 1995, S. 52-91

Verwendete Datensätze

- Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS 1980-1996): Kumulierter Datensatz. ZA-Nummer 1795
- Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS 1998): ZA-Nummer 3000
- Allerbeck, Klaus et al. (1974): Political Action I. ZA-Nummer 0757
- Allerbeck, Klaus et al. (1979): Political Action II. ZA-Nummer 1188
- Falter, Jürgen W. et al. (1994-1998): Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland. ZA-Nummer 3064